

Märkisches Tageblatt



verbunden mit dem
General-Anzeiger
für Witten und Umgegend.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Inhalt: 12 Seiten. 7 Spalten. 12 Pf. berechnet.

Abonnementspreis (incl. der Postgebühren)
„Märkisches Fein“: 1,80 Mark vierteljährlich,
monatlich 60 Pfg. bei Bestellung durch die Boten.
Bei Abnahme auf der Post incl. Postgebühren 2,20 Mk.

Der kommende Mann.

Es sind noch nicht zwei Jahre her, als unter der Bezeichnung des „kommenden Mannes“, d. h. des leitenden Staatsmannes im Deutschen Reich, der jetzt von seinem Posten zurückgetretene Chef des Großen Generalstabes, Graf Waldersee, verstanden wurde. Die Benennung beruhte, wie sich inzwischen zur Genüge herausgestellt hat, auf Einbildung; Waldersee hat nie nach politischen Vorbeurtheilen gestrebt, er ist Soldat und nichts Anderes. Auf gleichen Illusionen dürfte es auch beruhen, wenn heute der preussische Finanzminister Dr. Miquel als der „kommende Mann“ bezeichnet wird. Diese Annahme hatte sich sogar bis zu der merkwürdigen Auffassung verbreitet, Herr Miquel solle Ministerpräsident in Preußen oder Vizekanzler im Deutschen Reich werden. Wer daran auch nur einen Moment geglaubt hat, der verkennt unsere inneren Verhältnisse völlig; der verkennt auch die Person und den Charakter Miquel's. Welcher Grund sollte denn vorhanden sein, bei einem Wechsel im preussischen Ministerpräsidium den bisherigen Vizepräsidenten zu übergeben? Miquel's Berufung auf diesen Posten würde für Herrn von Bötticher eine Demüthigung sein und den Rücktritt dieses Ministers herbeiführen. Herr von Caprivi wird auch nie das preussische Ministerpräsidium offiziell niederlegen, wenn er auch die Hauptarbeit Vertreterin überlassen kann, denn er hat mit den Reichsgeschäften hinreichend zu thun. Was bedeutet denn ein Reichskanzler, der nicht zugleich preussischer Cabinetschef ist? Es wäre einfach ein ausführender Beamter des Bundesrathes; erst durch die Stellung als Leiter der preussischen Regierung gewinnt der Kanzler Einfluß im Bundesrath und auf den Bundesrath. Ist aber Herr Miquel der Mann für den Posten des Ministerpräsidenten? Nein! Miquel hat niemals den Anspruch erhoben, ein führender Staatsmann sein zu wollen, er ist ein durchaus praktischer Mann, der auch als Minister nach praktischen Grundsätzen handelt. Und ein solcher Mann paßt vor Allem zum Finanzminister, er ist geeignet, mit alten Vorurtheilen und bureaukratischen Ansichten gründlich aufzuräumen. Dem Deutschen Reich und Preußen hat ein Finanzgenie gefehlt, es ist oft bitter vermisst worden. Ob Herr Miquel ein solches Genie ist, ob er den jahrelangen Streit um den Reichsfiscal zum Abschluß bringen wird, kann heute noch Niemand sagen; aber das kann man sagen, daß der Minister mit Finanzfragen noch auf Jahre hinaus so unendlich viel zu thun haben wird, daß er gar nicht daran denken kann, nun auch noch den Posten eines Ministerpräsidenten einnehmen zu wollen. Eine Frage der Zeit kann es doch nur noch sein, daß Miquel auch die Leitung der Reichsfinanzen — in der einen oder der anderen Form — in die Hände bekommt.

Finanzminister sein ist ein übles Ding; dem Minister erscheinen die Dinge ganz anders, als dem Abgeordneten, und gerade in parlamentarisch regierten Ländern haben schon zahlreiche Minister, die früher Volksvertreter waren, nach ihrem Amtsantritt erklärt, daß doch nicht Alles so gehe, wie sie früher gedacht. Vielleicht ist auch Miquel genöthigt, Manches anders zu machen, als er früher es sich gedacht hat. Immerhin aber ist er im preussischen Landtage mit seinem Steuerreformgesetzen außerordentlich schnell vorwärts gekommen und hat in wenigen Monaten durchgearbeitet, woran Andere seit Jahren vergeblich gearbeitet haben. Allerdings hat man sich auch im preussischen Parlament der Ansicht nicht mehr verschließen können, daß endlich einmal mit der Reform Ernst gemacht werden müsse. Dr. Miquel steht nach seinem Erfolge im Berliner Abgeordnetenhaus beim Kaiser im hohen Ansehen, eine hohe Ordensverleihung zum 27. Januar hat ja dies noch besonders deutlich gemacht, aber falsch ist die Annahme, der Kaiser werde Miquel nun auf noch höheren Posten berufen. Wenn der Monarch der Ansicht ist, Miquel sei der rechte Mann für sein Ressort, wird er ihn erst recht dort lassen, zu thun giebt es da noch reichlich.

Es scheint überhaupt, als ob man sich über die Verhältnisse in der Berliner Regierung einfach ganz verkehrte Ansichten machte. So lange Herr Vismarck im Amte war, ging Alles nach seinem Willen; nun, meint man, geht es, wie der Kaiser befehle, lediglich der Wille desselben sei ausschlaggebend. Das ist indessen doch nur in beschränktem Maße richtig. Wohl hat der Kaiser viele Anregungen gegeben, wohl greift er kräftig ein und sorgt dafür, daß die angebahnten Reformen nicht ins Stocken geraten, aber der Monarch widerspricht auch nicht der Ansicht des Gesamtministeriums, wenn er diese als die bessere erkennt. Der große Unterschied zwischen früher und heute ist der: Wie Fürst Vismarck früher entschied, so geschah es; heute ist die oberste Instanz das Gesamtministerium, und bisher

sind keine Differenzen zwischen ihm und dem Kaiser eingetreten. Es sind gegen früher andere Ansichten aufgetaucht, so in der Schul- und Kirchenfrage, auf sozialem Gebiete u. Aber es ist zu beachten, daß diese neuen Gedanken erst nach reichlichen Erwägungen im gesammten Ministerium gefaßt und vom Kaiser gebilligt sind.

Der Reichskanzler wird weder heute, noch jemals im Stande sein, sein gewaltiges Amtsgelände bis in die kleinsten Details zu beherrschen. Er kann nicht zugleich die hohe auswärtige Politik leiten, Kolonialpolitik treiben und bestimmen, wie viele schwarze Soldaten nach dieser oder jener Station zu schicken sind, was im Paragraph 90 des Unfallversicherungsgesetzes fehlerhaft ist, die Steuerreform in allen Details kennen u. s. w. Das bringt kein Mensch fertig. Aufgabe des leitenden Staatsmannes kann nur sein, die Richtschnur für das Handeln der gesammten Regierungsgesamtheit anzugeben und darüber zu wachen, daß diese eingehalten wird. Zur detaillirten Ausführung sind die Staatssekretäre da. Und im Reich treten immer deutlicher drei große Verwaltungsbezirke hervor, an deren Spitze Männer stehen müssen, denen gewisse Selbstständigkeit verliehen ist. Zuerst das Auswärtige mit den Kolonien, dann das Innere mit der gesammten Sozialgesetzgebung, endlich die Finanzen. Als viertes Verwaltungsgebiet kommt dann die Militärverwaltung in Betracht, die ja aber nicht direkt ein Reichsamt ist, der preussische Kriegsminister ist zwar dem Namen nach nicht, wohl aber der Thut nach Reichskriegsminister. Für jedes dieser Verwaltungsgebiete gehört schon eine tüchtige Kraft, und sie hat voll und ganz zu schaffen; über deren Grenzen steht dann der Reichskanzler. Angesichts dieses Sachverhaltes ist es heute also verfehlt, überhaupt noch von einem kommenden Manne zu sprechen, ein einziger Mann, und sei es der allergrößte Staatsmann, ist nicht mehr befähigt, die gesammten Verwaltungsgebiete bis in die Einzelheiten zu beherrschen. Das weiß Kaiser Wilhelm II., das weiß auch der Reichskanzler von Caprivi, Herr von Bötticher und Dr. Miquel. Jeder hat genug zu thun, Niemand braucht zu befürchten, daß ein Anderer ihm in den Weg kommt. Einigkeit im Ganzen, Selbstständigkeit im Einzelnen, das ist das allein Richtige!

Bundschau.

* Der Entwurf der Landgemeindeordnung ist in der Kommission bei der Gesamtministeriums einstimig angenommen worden. Die äußerste Rechte stimmte ebenso dafür, wie die Vertreter der deutsch-freisinnigen Partei. Es ist dies namentlich, nachdem die streitigen Fragen erledigt sind, ein großer Erfolg des Ministers des Innern. Man ist dadurch auch zu der Annahme berechtigt, daß wenn es auch im weiteren Verlaufe der Verhandlung an Kämpfen nicht fehlen wird, der Entwurf im Wesentlichen in der nunmehr vorliegenden Form Gesetz werden wird. Die Bedeutung des Vorganges erhellt, wenn man sich die gesetzgeberischen Ziele vergegenwärtigt, die der Entwurf der Landgemeindeordnung verfolgt. Voran steht unter denselben die Bildung leistungsfähiger Träger der kommunalen Aufgaben und Lasten. Die Erreichung des Zieles wird auf 2 Wegen erstrebt. Zunächst werden die Mittel gegeben, leistungsfähige oder mißgebildete Gemeinden oder Gutsbezirke durch Eingemeindung in Nachbargemeinden zu befähigen und bei Gemengelage in andernfalls unlöslichen Interessengegensatz gerathenbe Gemeinden und Gutsbezirke zu einer Gemeinde zu vereinigen. Den zweiten Weg zum Ziele bildet die Vereinigung zu Verbänden zur Uebernahme einzelner oder aller kommunaler Aufgaben; Weides erforderlichenfalls auch gegen den Widerspruch Beteiligter. Nach der Seite der inneren Organisation der hienach äußerlich zweckmäßiger abgegrenzten Gemeinden kommen vor allem in Betracht, die einheitliche und sachgemäße Ordnung des Gemeindebürgerrechts, des Wahlrechts und der Besteuerung, sowie endlich der Bildung gewählter Gemeindevertretungen. Schon die einfache Aufzählung dieser wichtigsten Punkte des gesetzgeberischen Vorgehens läßt dessen Bedeutung voll erkennen. Wenn es zum Abschluß gelangt ist, wird in der That eine feste und geordnete Grundlage für die geordnete Entwicklung des kommunalen Lebens auf dem flachen Lande der Disprovinzen geschaffen sein.

* (Der Vater des Sozialismus über das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie.) Aus dem Nachlaß von Karl Marx theilt Friedrich Engels in London eine Kritik des sozialdemokratischen Programms vom Jahre 1875, welches noch heute gilt, mit. Marx wird bekanntlich von den sozialdemokratischen Organen selbst der „Vater des modernen wissenschaftlichen Sozialismus“ genannt, er gilt ihnen als

die höchste wissenschaftliche Autorität, und das Urtheil, welches er über das noch heute gültige Parteiprogramm abgibt, lautet geradezu vernichtend. Er bezeichnet es als durchaus verwerflich und demoralisirend, voll hohler Phrasen, Borniertheit, Impertinenz, Flegel und dergleichen. Diese Kritik des Programms durch Karl Marx kennen die Herren Bebel und Liebknecht schon seit fünfzehn Jahren, denn sie war ihnen damals zugestellt, bis heute haben sie dieselbe aber nicht veröffentlicht.

* In der Rheinprovinz sind, wie bekannt, die Bogen des Wahlkampfes sehr hoch gegangen. Der „berühmte“ Zeitungsfürst und Kaplan Dasbach hat dort von jeder Sorge getragen, daß unter den Saarbergleuten ordentlich gewühlt und gekämpft wurde. Kürzlich haben sich die Nachwehen der Schlacht zu der Frage zugefügt:

„Wer ist der Verfasser des Wahlaufsatzes der Trierischen Sozialdemokraten bei der letzten Reichstagswahl?“

Im Verlaufe einer erbitterten Zeitungsfehde hatte ein Führer der Trierer Sozialdemokraten, Maurer Mergener, behauptet, der Wahlaufsatz für die Sozialdemokraten stamme aus dem Dasbach'schen Lager. Als man Herrn Mergener aufforderte, Namen zu nennen, erklärte derselbe, er habe versprochen, dies nicht zu thun. Im Laufe der Polemik erklärte ein Redakteur der „Trierischen Zeitung“, daß der Redaktionssekretär der Dasbach'schen Blätter, ein gewisser Herr Braun, Verfasser des Wahlaufsatzes sei. Der betreffende Redakteur der „Trierischen Zeitung“ war Ohrenzeuge gewesen, wie sich Herr Braun seiner Autorschaft des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes rühmte. Herr Braun jedoch und die Dasbach'schen Blätter versicherten, daß der Redakteur der Trierischen Zeitung lüge. Herr Braun insbesondere erklärte, daß er an der Abfassung des sozialdemokratischen Wahlaufsatzes keinen Antheil habe. Nunmehr veröffentlicht die „Trier. Zeitung“ folgende Erklärung des Maurers Otto Scher, des sozialdemokratischen Kandidaten bei der letzten Reichstagswahl:

Trier, 1. Febr. 1891.

Um dem unwürdigen Spiel mit der Wahrheit, welches in der „Trierischen Landeszeitung“ (des Herrn Kaplan Dasbach) entrollt wird, ein Ende zu machen, erkläre ich hiermit, daß Herr Braun, Redaktionssekretär der Landeszeitung, den Wahlaufsatz der hiesigen Sozialdemokraten verfaßt hat.

Otto Scher.

Daß Herrn Dasbachs „Ultramontanismus“ stark radikal angehaucht ist, war längst bekannt. Gleichwohl verdient die Enthüllung Beachtung, daß der Intimus und Gehülfe Dasbachs direkt zur Förderung der Sozialdemokratie beigetragen haben dürfte. (Darnach brauchen wir keine neue Jesuiten mehr, wir haben schon übergenug. D. Red.)

* Der von dem Abg. Harrnening in Jena geleitete deutschfreisinnige Verein, in welchem sich auch Mitglieder befinden, welche aus ihrer Zuneigung zur Sozialdemokratie kein Geheimniß machen, hat seine Mitglieder aufgefordert, ihren Bedarf nur bei solchen Geschäftsleuten zu decken, welche entweder Parteigenossen sind oder wenigstens eine freundliche Haltung zu den Mitgliedern einnehmen. Das System, die Kundhaft der Partei für die Parteimitglieder auszunutzen, ist hier wohl zuerst in Thüringen von einem Verein empfohlen worden. Zur Begründung des Beschlusses wurde angegeben, freisinnige Geschäftsleute hätten wegen Verhütung ihrer politischen Gefinnung gelitten. Von nationalliberaler Seite ist eine Erklärung erfolgt, in welcher es heißt: Zwar sind auch innerhalb der nationalliberalen Partei Stimmen laut geworden, daß solche Geschäftsleute, welche ihre politische Gefinnung betätigten, infolgedessen über Schädigungen zu klagen hätten. Ob und in welchem Umfange dies begründet war, ließ sich nicht feststellen. Wir haben aber stets gemeint, daß, wenn wirklich solche absichtliche Schädigungen erfolgt wären, dies auf Verirrungen einzelner zurückzuführen sei. Niemals ist es uns beigegeben, ein so verwerfliches Verhalten zu billigen oder gar zu empfehlen. (Der Vorschlag des freisinnigen Jenaer Vereins würde ev. nette Folgen haben. Neu ist die Idee nicht; denn zur Zeit des Kulturkampfes wurde sie von einigen Sekaplänen bereits empfohlen. Die Red.)

Deutscher Reichstag.

58. Sitzung vom 5. Februar.

Am Bundesrathstische: von Caprivi, von Bötticher, v. Marschall.
Zum Schriftführer wird an Stelle des aus dem Reichstage ausgeschiedenen Abg. Müller-Marienwerder der Abg. Weddach (freisinn.) gewählt.
Die zweite Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes wird bei der Position für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika 3,500,000 Mark fortgesetzt.

In Verbindung damit wird die Vorlage betr. die ostafrikanische Schutztruppe beraten. Die Budgetkommission beantragte, die Forderung um 1 Million Mark zu kürzen.

Abg. Dechselhäuser (natl.): Der Abg. Bamberger hat bei der Beratung des Etats der Postverwaltung den Handel in Deutsch-Ostafrika einen ganz geringfügigen Gewinn. Diese Annahme ist aber nicht ganz zutreffend. Seitdem aber wieder Ruhe und Ordnung in jenen Gebieten herrscht, hat sich auch der Handel von Monat zu Monat gehoben, wie alle Berichte bezeugen. Hoffentlich wird es allmählich gelingen, den Handel von Ostafrika nach der deutschen Küste herüberzuholen, und dann wird die eigentliche Blüthezeit für uns kommen. Allerdings glaube ich nicht, daß die Konkurrenz von Ostafrika so reich von uns überwand werden wird, wie dieselbe angenommen wird. Diese Annahmen dürften sich dem doch als irrige erweisen, denn die Entwicklung des Handels in Ostafrika war eine durchaus logische und naturgemäße und darin kann nicht über Nacht ein Wechsel eintreten. Ich habe schon vor Jahren in einer dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes unterbreiteten Denkschrift das vorgeschlagen, was jetzt geschehen ist. Waren wir früher damit vorgegangen, so würde dies besser für die Entwicklung des Schutzgebietes gewesen sein. Die deutsche ostafrikanische Gesellschaft verdient indessen für ihre patriotische Haltung in der ganzen Sache unsere volle Anerkennung, und ich halte mich für verpflichtet, ihr diese auszusprechen, da immer wieder Angriffe gegen die Gesellschaft erhoben werden. Eine staatsrechtliche Regelung der Verhältnisse im Norden unseres Schutzgebietes ist mit Rücksicht auf die Konkurrenz unserer lieben Freunde, der Engländer, sehr nöthig, wenn wir die Handelskaravannen nicht von unserem Gebiete abgelenkt sehen wollen. Mit der Ernennung des Freiherrn von Soden zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika hat die Reichsregierung einen guten Schritt gethan. Ich will zu geben, daß ich in Kolonialfragen Optimist bin, aber der Besinnlichkeit hat großen Aufgaben gegenüber noch nie etwas geleistet.

Abg. Graf Mirbach (kons.): Ich will vor allen Dingen meine Genugthuung über einen Anspruch kundgeben, welchen der Abg. Richter geltend gethan hat. Herr Richter sagte: Es handle sich nicht nur darum, etwas zu produzieren, sondern auch darum, das, was produziert wurde, lohnend abzuleiten. Das ist ganz genau der Standpunkt, welchen meine Partei in Wirtschaftsprüfung einnimmt, ich hoffe, Herr Richter wird diesen Standpunkt nun nicht mehr bekämpfen. Die Erwerbung von Helgoland, welche uns der ostafrikanische Vertrag ermöglichte, schätze ich hoch, sie ist namentlich von demselben Werth, und ein Volk, welches nach Beale hat, befindet sich auch noch in aufsteigender Linie. Auch unsere Kolonialpolitik hat zum nicht geringen Theile eine ideale Bedeutung, und deshalb wird sie allerdings auch von denen nicht verstanden werden, welche keinen Sinn für das Ideale haben. Wie werthvoll aber die Erwerbung von Helgoland auch ist, so läßt sie sich doch nicht einreiben unter den Begriff der Compensation für das, was wir in Ostafrika den Engländern zugethan haben. Es mögen da wohl noch andere wichtige politische Interessen mitgesprochen haben. Die Kolonialpolitik macht, das gebe ich zu, der Regierung Schwierigkeiten, aber diese Schwierigkeiten sind noch durch die Neben der Herren Richter und Bamberger vergrößert, welche das Kapital abgefordert haben, sich der Kolonialpolitik zuzuwenden.

Reichskanzler von Caprivi: Die vom Vorredner der Regierung wegen des deutsch-englischen Kolonialabkommens gemachten Vorwürfe sind durchaus unbegründet. Als ich mein Amt antrat, habe ich freitragende Interessen befürwortet, ein durch einen Aufstand niedergedrücktes Schutzgebiet und Streitigkeiten um den Einfluß in Ostafrika vorgegeben. Wir haben uns nach Kräften bemüht, zu bestimmten Verhältnissen zu kommen, und das ist uns, wie Sie wissen, gelungen. Auch ganz abgesehen von Helgoland ist das deutsch-englische Abkommen für uns vorteilhaft. Wenn gesagt wird, daß sich der Deutsche Michel wieder von seinen Kolonialbeuten über das Ohr hauen lassen, daß wir noch viel mehr beuten bekommen müssen, so müssen wir uns doch auch fragen, was wir behaupten können, behaupten mit den für uns verfügbaren Geldmitteln und Menschenkräften. Die Verhältnisse haben es so mit sich gebracht, daß in der Kolonialpolitik an zu vielen Stellen gleichzeitig begonnen wurde, so daß unsere Kräfte nicht an einer Stelle konzentriert werden konnten. Das war ein Fehler, der sich nicht rückgängig machen läßt. Im Interesse unserer Nation wegen des guten Hafens gern gehabt, aber unsere Interessenverhältnisse, deren Urtheil eingeholt wurde, haben übereinstimmend erklärt, daß kein Schiedsgericht uns die Anlei zu zurechnen könne. Ohne die Anlei hätte aber das Hinterland Witu keinen Werth für uns. Was das englische Protektorat in Ostafrika anbelangt, so war der Ruf nach der Sultanbeherrschung auf dieser Insel unabweisbar. Wir mußten zudem in den Besitz der Küste gelangen, wozu England seine vertragsmäßig erforderliche Zustimmung ohne die Anerkennung seines Protektorates über Ostafrika in keinem Falle gegeben hätte. Es ist hier auch behauptet, Fürst Bismarck würde nie seine Zustimmung zu dem von uns abgeschlossenen Vertrage gegeben haben. Da möchte ich den Herren doch eine Bemerkung des Fürsten ins Gedächtnis zurückrufen, die noch den amtlichen Protokollen folgendermaßen lautet: „Die Freundschaft Englands ist für das deutsche Reich werthvoller, als der Besitz von Ostafrika und Ostafrika zusammengekommen!“ Ich möchte das wäre deutlich. Es liegt also meinerseits kein Abweichen von den Traditionen meines großen Amtsvorgängers vor. Die Aufwendungen, welche für Deutsch-Ostafrika gemacht wurden, sind nicht zu hoch; wir haben den Preis für die Abtretung der Ostafrikaküste an uns auf einige Millionen herabgedrückt, während bereits früher die definitive Abtretung dieser Küste an Deutschland in der Budgetkommission des Reichstages angesetzt und dabei erklärt wurde, daß dafür 10 bis 20 Millionen gewährt werden könnten. Wir werden auch bei der Verwaltung der allgrößten Sparmaßregeln walten lassen und uns vor allen abentheuerlichen Unternehmungen hüten. Die Organisation des Schutzgebietes soll nach dem Innern von der Küste aus vorrücken, nicht etwa umgekehrt. Wenn das Reich die unmittelbare Verwaltung von Deutsch-Ostafrika übernimmt, so folgen wir damit der Noth, nicht dem eigenen Triebe. Andernfalls würde Ostafrika überhaupt nichts werden. Ich bitte, die ganze Summe zu bewilligen, denn aus nichts kann doch wirklich nichts werden. Wir werden uns alle Mühe geben,

